

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzende Anja Mandt

Ausschussmitglied Sven Schoolmann (fehlt entschuldigt)

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Stellv. Ausschussvorsitzender Detlef Schön (fehlt entschuldigt)

Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhardt

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Olaf Fischer (fehlt entschuldigt)

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes (fehlt entschuldigt)

Vertreterin Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Detlef Stump

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Dr. Günther Schulte (fehlt entschuldigt)

Dezernent

Stadtbaurat Niksa Marusic

vom Eigenbetrieb

Stellv. Betriebsleiterin Petra Burmeister

Stellv. Betriebsleiter Hartmut Gundlach

Protokollführerin

Protokollführerin Andrea Müller

als Gast

Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude Christian Kroll

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Vorlagen an den Rat
- 3.1 Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde, soweit diese im Ortsratsgebiet liegen **506/2022**
- 3.2 Variantenvergleich Sporthalle MDS **137/2022**
- 3.3 Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2021 **153/2022**
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Budgetbericht des Teilhaushaltes 17 (GGS)

1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Mandt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Vor Feststellung der Tagesordnung wurde von **Herrn Marušić** ausgeführt, dass dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag des Beigeordneten Herrn Burckhardt aus Sicht der Verwaltung die notwendige Dringlichkeit fehle, so dass dieser nicht als solcher behandelt werden dürfe. Die Verwaltung würde jedoch unter Mitteilungen und Anfragen im nichtöffentlichen Teil über die beantragte Thematik informieren. Eine Änderung der Tagesordnung wäre somit nicht nötig.

Frau Burmeister bittet, den Initiativantrag **506/2022** des Orsrates Sengwarden gem. § 93 Abs. 3 NKomVG: Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde, soweit diese im Ortsratsgebiet liegen, zu vertagen.

Dem Vorgehen und der Änderung der Tagesordnung wurde **einstimmig zugestimmt**.

3 Vorlagen an den Rat

- 3.1 Initiativantrag des Orsrates Sengwarden gem. § 94 Abs.3 NKomVG: Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde, soweit diese im Ortsratsgebiet liegen **506/2022**

Bei der Feststellung der Tagesordnung wurde diese Beschlussvorlage vertagt.

Beschluss: **-vertagt-**

Der Ortsrat schlägt dem Rat vor, nachfolgende Richtlinie zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen im Ortsratsgebiet (siehe Anlage) zu beschließen

3.2 Variantenvergleich Sporthalle MDS

137/2022

Herr Marušić führte in das Thema ein und verwies darauf, dass die Verwaltung beauftragt wurde, mehrere Varianten für die Sporthalle der MDS zu erarbeiten und zu vergleichen. Diese Erarbeitung ergab vier Varianten, welche er kurz erläuterte. Ebenfalls merkte **Herr Marušić** an, dass dreieinhalb Monate nach der letzten Entscheidung ein Vorankommen mit Blick auf die kommende Ratssitzung anzustreben sei, um Sicherheit über Planungsumfang und Planungsauftrag zu erhalten.

Frau Weinstock ergänzte dazu, dass es zu der Vorlage einen Änderungsantrag der Gruppe Grüne/GfW und einen Änderungsantrag der CDU gibt, welche in der heutigen Beratung berücksichtigt werden sollten. Mit Blick auf die bevorstehende Sommerpause wies sie auf die Dringlichkeit einer Entscheidung hin.

Herr Burkhardt trug daraufhin den Änderungsantrag der Gruppe ‚GRÜNE und GfW‘ vor:

Bei den weiteren Planungen für die Sporthalle der Marion-Dönhoff-Schule ist der Einbau einer mehrfach teilbaren und ausziehbaren Tribüne einzuplanen. Insgesamt sollen bei Bedarf die 1200 Sitzplätze bei Kultur, Film, Sport oder Podiumsveranstaltungen auf 2000 Plätze erhöht werden.

Begründung:

Der Neubau der Marion-Dönhoff-Schule soll unter dem Aspekt der Stadtteilschule/ offene Schule verwirklicht werden. Bei Umsetzung des Anspruchs einer offenen Schule soll außerhalb der Unterrichtszeiten das Haus/ die Schule zum Treffpunkt für Anwohnerinnen und Anwohner im Norden der Stadt werden. Dazu gehört nicht nur die Schule als einen offenen Ort zu sehen, sondern auch die Möglichkeit anbieten, kulturelle und sportliche Veranstaltungen vor Ort zu verwirklichen. Diese Möglichkeit könnte dann über die Einrichtung einer Tribüne, mit den geforderten Kapazitäten, ein kulturelles und sportliches Leuchtturmprojekt für den Stadtnorden sein.

Frau Mandt stellte fest, dass der Änderungsantrag der CDU für die Ratssitzung vorgesehen sei und nicht für den BGGs, so dass dieser heute nicht behandelt werden müsse.

Herr Bulla fragte die Verwaltung, ob diese mit dem Änderungsantrag der ‚GRÜNE und GfW‘ agieren könne oder ob Grundvoraussetzung hierfür sei, zuerst eine Kosten- sowie Bedarfsermittlung vorzunehmen.

Herr Marušić antwortete, dass es sich bei der Variante, entsprechend des Änderungsantrags der GRÜNEN/GfW, nicht mehr um eine klassische Sporthalle (3-Felder-Halle) handele, sondern um eine Mehrzweckhalle (MZH), weshalb eine verlässliche Aussage über Kosten derzeit aufgrund fehlender Vergleiche nicht getätigt werden könne, da sich sowohl Baukörper als auch Ausstattung von den bisherigen Annahmen unterscheiden würden. Eine verlässliche Kostenschätzung würde daher zunächst eine neue Planung bedingen. Es sei jedoch im Vergleich zu der in der Vorlage angedachten Variante von höheren Kosten auszugehen.

Weiterhin erläuterte **Herr Marušić**, dass es mit der Nordfrost-Arena bereits eine Sporthalle mit Doppelnutzung Schulsport/Vereinssport gäbe, und verwies auf die damit verbundenen Restriktionen in Bezug auf die schulische Nutzung, die beim Bau einer MZH zu berücksichtigen seien. Für GGS ergäben sich darüber hinaus noch Fragen, wer im Einzelfall, neben dem Schul- und Sportamt, als Betreiber bzw. Mieter dieser Veranstaltungshalle verantwortlich wäre.

Frau Weinstock berichtete dazu, dass der Änderungsantrag der ‚GRÜNE und GfW‘ im Schulausschuss einstimmig angenommen worden sei und sich die Verwaltung nach dem Antrag richten müsse, wolle man den Vorgang nicht weiter in die Länge ziehen. Zusätzlich sei bei höherem Kostenvolumen auch mit höheren Zuschüssen aus dem Kohlestrukturfonds zu rechnen. Weiterhin merkte **Frau Weinstock** an, dass bei entsprechendem Beschluss im BGGS sowie im Rat die Umsetzung auch erfolgen müsse.

Herr Marušić erwiderte daraufhin, dass der Rat neben der Vielzahl an beschlossenen Maßnahmen auch über einen Wirtschaftsplan beschließen müsse und, resultierend aus einem höheren Hallenvolumen ggfs. nicht alle Maßnahmen parallel bearbeitet werden können.

Herr Brandt fragte bei **Herr Marušić** nach, ob für den Bau einer MZH, im Gegensatz zu einer regulären Schulsporthalle, die Vergabe eines zusätzlichen Planungsauftrages notwendig wäre, welcher zu zeitlichen Verzögerungen führen würde, und ob die Dauer dieser Verzögerung absehbar sei. Er verwies darauf, dass der Bau der MDS möglichst zeitnah begonnen werden müsse.

Herr Marušić teilte dazu mit, dass für den Planungsauftrag an das Architekturbüro eine Entscheidung maßgeblich wäre, in welchem Umfang bzw. Volumen der Bau realisiert werden solle. Er sehe es jedoch kritisch, die Bauprojekte MDS sowie Sporthalle/MZH getrennt voneinander zu betrachten. Die angesprochenen Verzögerungen würden dann ggfs. aus fehlenden Mitteln oder einer detaillierten Kostenfeststellung resultieren. **Herr Gundlach** ergänzte, dass bei konkreten Angaben innerhalb von drei Monaten mit einer Aussage seitens des Planungsbüros bezüglich des Kostenrahmens zu rechnen sei.

Herr Burkhardt erkundigte sich nach dem Stand der Planungsentwürfe für die Sporthalle sowie für die der MDS und ergänzte dazu, dass es

Vergleichsmöglichkeiten zu Projekten anderer Städte gäbe, die Mehrzweckhallen, ähnlich des Änderungsantrages der ‚GRÜNEN und GfW‘, realisiert hätten.

Herr Gundlach antwortete bezüglich des Planungsstandes, dass die Betrachtung einer 3-Feld-Sporthalle sehr standardisiert sei und man anhand von Erfahrungswerten Dimension und Kosten recht schnell ermitteln könne. Im Vergleich zu einer Mehrzwecknutzung müsse ein bedarfsspezifisches Programm festgelegt werden, auch wenn man sich an anderen Projekten orientieren könne.

Herr Stoermer merkte an, dass die Halle laut Änderungsantrag der ‚GRÜNEN und GfW‘ mit Blick auf den Eigenanteil, unabhängig von der Höhe der Fördergelder, wesentlich teurer werden würde, dass hierzu jedoch der Bedarf nicht ermittelt sei und sich dadurch die Planung weiter verzögere. Er plädiere daher dafür, bei der ursprünglichen Planungsvariante zu bleiben und eine Ersatzhalle zu schaffen. Aufgrund einer noch fehlender Absprache mit der Fraktion bezüglich des Änderungsantrages würde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau Stomberg kritisierte, dass sich die Diskussion zu sehr auf die Kosten und Dauer des Projektes konzentriere. Ihres Erachtens wäre hier ein Bezug zur Stadthalle möglich, deren Realisierung aufgrund der Entwicklung der städtischen Finanzen zunehmend gefährdet würde. Eine durch die Planung begründete Verzögerung sei daher vertretbar, bezöge diese sich ja nur auf die Fertigstellung der MZH und nicht auf das eigentliche Schulgebäude. Ebenso seien die Strukturfördermittel vorhanden, weswegen man dem Antrag nur zustimmen könne.

Herr Bulla unterstützte die Rede **Frau Stombergs** und plädierte dafür, die zeitliche Verzögerung durch die Planung einer MZH in Kauf zu nehmen.

Herr Burkhart pflichtete **Herrn Bulla** bei und bewertete den Bau der MZH sowie der MDS als zwei unterschiedliche Bauprojekte, weswegen eine Verzögerung bei der MZH keine Auswirkungen auf den Bau des Schulgebäudes habe.

Herr Marušić erwiderte, dass es sich aus Sicht der Verwaltung um ein Bauprojekt mit einem Baufeld, einer Bauplanung und einem Architekten handle und nicht um zwei nacheinander geschaltete Projekte, was mit Blick auf Kosten und Gestaltung kontraproduktiv wäre. Die Diskussionen darüber hätten dazu geführt, dass bisher noch keine Architektausschreibung stattfinden konnte. Ferner merkte er an, dass die Verwaltung alle Aufträge des Rates umsetzen und eine Kostenermittlung für eine MZH durchführen lassen würde, wodurch sich das Projekt jedoch weiterhin verzögern würde. **Herr Marušić** wies deshalb darauf hin, dass es aufgrund der Versicherungsgelder auch einen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung gäbe.

Frau Mandt merkte an, dass es noch keinerlei Festlegung bezüglich der Beantragung der Kohlekonversionsmittel gäbe und mahnte deswegen sowohl zur Zurückhaltung als auch zur Eile mit Blick auf den zeitlichen Rahmen der Versicherungsgelder.

Frau Weinstock teilte mit, dass ihrer Meinung nach Leistungsausschreibung und

Kostenplanung parallel verlaufen können und keine zeitliche Verzögerung mehr nötig sei.

Herr Marušić ging nochmals auf die Unterschiede zwischen Sporthalle und MZH ein, weswegen die Planung zwingend vor der Ausschreibung stehen müsse und begründete die im Raum stehende Verzögerung damit, dass bei den bisherigen Planungen der Verwaltung der Bau einer MZH nicht zur Debatte stand.

Herr Stump bemerkte ebenfalls, dass die Fördergelder noch gar nicht bewilligt seien und drückte Verwunderung bezüglich angemeldeter Begehrlichkeiten mit Blick auf eine bestehende Haushaltssperre aus.

Herr Marušić ergänzte hierzu, dass sich die durch **Herrn Stump** angesprochene Haushaltssperre auf die Ausgaben der Kernverwaltung im Rahmen der laufenden Verwaltung bezog.

Herr Burkhardt ging nochmals auf die Gelegenheit ein, den Stadtnorden durch den Neubau in Form einer MZH auch als kulturellen Standort zu stärken und dadurch drei Monate Verzögerung durchaus vertretbar seien, da sie sich ja nicht auf den Bau der MDS auswirke.

Herr Bulla fragte an, ob es nicht möglich sei, durch Rücksprache mit erfahrenen Architekten ein vereinfachtes Kostenfeststellungsverfahren durchzuführen um die zeitliche Verzögerung zu minimieren.

Herr Marušić erläuterte dazu, dass belastbare Zahlen und ein klares Anforderungsprofil in Anlehnung an das Vergaberecht unabdingbar seien.

Der Änderungsantrag „Variantenvergleich Sporthalle MDS Vorlage 137/2022“ von ‚GRÜNEN und GfW‘ wurde mit **4 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung** **mehrheitlich angenommen.**

Die Beschlussvorlage 137/2022 wurde mit **4 x Ja**-Stimmen, **1 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung** **mehrheitlich angenommen.**

Beschluss: **-mehrheitlich zugestimmt-**

Die Varianten für die Sporthalle der Marion-Dönhoff-Schule werden zur Kenntnis genommen.

Die Erstellung einer Projektskizze für die Beantragung von Mitteln aus dem Kohlestrukturfond durch die Verwaltung wird beauftragt.

3.3 Beschluss über die verdeckte Gewinnausschüttung aus dem 153/2022 steuerlichen Einlagekonto für das Jahr 2021

Frau Burmeister führte aus, dass, nach Hinweis des Steuerberaters, die Versteuerung des Verlustes für Betriebe gewerblicher Art eingegrenzt werden könne. Der Beschluss über die Umsetzung müsse jedes Jahr neu gefasst werden.

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Die für das Jahr 2021 bestehende verdeckte Gewinnausschüttung aus dauerdefizitären Betrieben gewerblicher Art soll unter der Verwendung des steuerlichen Einlagekontos des jeweiligen BgA anteilig geleistet werden.

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Budgetbericht des Teilhaushaltes 17 (GGS)

Frau Burmeister erläuterte die Entwicklung des Teilergebnishaushalts sowie des investiven Teils des Teilfinanzhaushalts und nahm hierzu ausführlich Stellung. Generell befände man sich im Plan.

Der Ausschuss nahm Kenntnis.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 13:00 Uhr

gez.

Marušić
Stadtbaurat

gez.

Mandt
Vorsitzende

gez.

Müller
Protokollführerin